



**Niederschrift über die Sitzung des  
Umwelt- und Verkehrsausschusses am 2. Dezember 2019**  
im Sitzungssaal des Landratsamts in Waiblingen

Öffentlich

Anwesend:

Der Vorsitzende: Landrat Dr. Sigel

Die Ausschussmitglieder: Kreisräte/innen:

Beutel (bis 16:24), Hundt, Jäger, Kölz, Theile (bis 15:57 Uhr), Zerrer	(CDU)
Ahrens, Altenberger (ab 14:35 Uhr), Dannenmann, Schölzel, Ulrich	(Freie Wähler)
Dr. Fleischer, Schmidt	(GRÜNE)
Riedel, Schäf (bis 16:27 Uhr), Wörner	(SPD)
Häfele	(FDP-FW)
Huschka, Thiel	(AfD)
Wilhelm	(Wilhelm/ Klinghoffer)

Die stv. Ausschussmitglieder: Härtner, Kowatsch (GRÜNE)  
Treiber (FDP-FW)

Entschuldigt: Eusebi, Gothe (GRÜNE)  
Haußmann (FDP-FW)  
Bezler (Linke/ÖDP)

Ferner: Finanzdezernent Schäfer  
Erster Landesbeamter Dr. Zaar  
Herr Hein, Leiter Dezernat III  
Herr Menzel, Geschäftsführer Energieagentur Rems-Murr (Top 3)  
Herr Schäufele, Amt für Umweltschutz (Top 3)  
Herr Röhrs, Leiter Forstamt (Top 4)  
Herr Murer, Amt für Vermessung und Flurneuerung (Top 5)

Weitere Mitarbeiter/innen

Presse

Die Schriftführerin: Kreisoberinspektorin Zaiss

Beginn der öffentlichen Sitzung: 14:30 Uhr

Ende der öffentlichen Sitzung: 17:20 Uhr

Niederschrift Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden. am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

Seite 2

Öffentlich

Landrat Dr. Sigel verweist auf die ausgelegten Broschüren „Azubis aktiv für den Klimaschutz“. Die Azubis des Rems-Murr-Kreises haben diesen Bundespreis gewonnen. Das Bundesministerium habe diese Broschüren drucken lassen und man habe von Berlin einige Exemplare mitgebracht.

## § 1

### Anpassung des VVS-Gemeinschaftstarifs an die Kostenentwicklung zum 01.04.2020

#### Drucksache 2019/201

Landrat Dr. Sigel verweist auf die der Beratung zu Grunde liegende Drucksache und erklärt, dass man bei der „Nullrunde“ auf eine Kostensteigerung im VVS verzichte. Die Fahrpreismehrkosten, welche durch Mehrkosten von Personal, Treibstoff etc. entstehen, werde man dadurch nicht an die Fahrgäste weitergeben. Eine Nullrunde würden Kosten von etwa 700.000 Euro für den Kreis bedeuten. Man habe auch schon Verhandlungen mit dem Land gehabt und sei der Meinung, wenn eine „Nullrunde“ zustande kommen solle, dann nur, wenn das Land einen substantiellen Beitrag leiste und dauerhaft die Hälfte der Kosten trage. Dies sei nicht so gekommen. Das Land habe nur zugestimmt ein Viertel der Kosten zu tragen. Vor dem Hintergrund, dass die Verbundlandkreise zusammen 150 Millionen im Jahr ausgeben, habe man sich mit den anderen Landkreisen dahingehend verständigt, dass man seitens der Verwaltung nicht empfehlen könne, diese Tarifierhöhung auszusetzen.

Kreisrätin Fleischer sagt, dass ihre Fraktion dem Beschlussvorschlag der Verwaltung nicht zustimme. Sie seien für eine Nullrunde. Für den Klimaschutz und der Attraktivität des ÖPNVs und daher resultierenden Gewinns der Bevölkerung für den ÖPNV sei eine Nullrunde notwendig. Die Kosten die beim Kreis hängen bleiben seien zwischen 784.000 Euro und 880.000 Euro. Dies sei ein 0,1 Prozentpunkt der Kreisumlage und sei es wert die Nullrunde aufzunehmen. Wenn man einen Preiszuschlag von 1,9 Prozent vornehme, dann werden nicht automatisch die Qualität besser. Vor allem die Personalkostenerhöhung treibe die Preise hoch. Ihre Fraktion lehne den Beschlussvorschlag der Verwaltung komplett ab.

Niederschrift Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden. am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

Seite 3

Öffentlich

Kreisrat Riedel führt aus, dass die SPD-Fraktion ähnlich oder gleich argumentiere. Die Gründe seien klar. Wer eine Verkehrswende wolle, könne nicht nach einem Jahr mit einer Erhöhung kommen, bei dieser Leistung die man im VVS immer noch habe. Dadurch werde nicht die Leistung besser. Warum diese schlecht sei, liege an dem alten Netz. Dafür sei leider nicht der VVS zuständig, sondern die Deutsche Bahn und habe es all die Jahre schleifen lassen. Eine Erhöhung von 1,9 Prozent stimme nicht, es gebe einzelne Tarife die bis zu 7 Prozent erhöht werden. Wenn man gleichzeitig die Kreisumlage senken wolle, dann könne man manches im Kreis nicht mehr finanzieren und müsse dies auch sagen. Die Kommunen müssen sich für eine Verkehrswende beteiligen, sei es mit der Kreisumlage. Die SPD-Fraktion werde den Antrag der Verwaltung ablehnen und dem Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zustimmen. Für ihn sei es eindeutig, die Richtung müsse eine andere werden. Kreisrat Riedel findet es gut, dass man immerhin das Land dazu gebracht habe, dass sich die Beteiligung verstetigen solle. Noch sei nicht zu Ende verhandelt worden sein, mit dem Land. Er fordert den Landrat dazu auf, im Aufsichtsrat des VVS nochmals alles zu geben, damit man zu einer gemeinsamen Lösung komme.

Kreisrat Ulrich spricht für seine Fraktion, dass diese den Beschluss der Verwaltung unterstütze. Es gebe zu dem Thema sicher unterschiedliche Meinungen, wie man erkennen könne. Nach derzeitige Situation, sollten die Investitionen der Infrastruktur im VVS nicht vorrangig betrachtet werden. Seine Fraktion habe Angst vor den finanziellen Auswirkungen. Es war richtig, im Jahr 2019 die Tarifierhöhung auszusetzen. Der jetzige Vorschlag sei aus seiner Sicht nicht ausgegoren. Sie sind der Meinung, den Schritt jetzt nicht zumachen und eine Tarifierhöhung aussetzen. Mit welchem Argument werde man im Jahr 2021 zu der Tarifierhöhung sprechen. Sie seien der Meinung, es bei der Ablehnung des Antrags zu belassen.

Kreisrat Jäger führt aus, dass man einen großen Schritt mit der Tarifzonenreform gemacht habe. Man sende ein falsches Signal, wenn man nur noch über „Nullrunden“ rede. Er schließe sich Kreisrat Ulrich an, es sei jetzt die Zeit gekommen für eine Erhöhung und man spreche über eine moderate Anpassung. Damit mache man den ÖPNV nicht kaputt. Seine Fraktion Stimme für den Verwaltungsvorschlag und dafür, dass trojanisches Pferd aus Stuttgart nicht anzunehmen.

Niederschrift Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden. am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

Seite 4

Öffentlich

Landrat antwortet, dass es Seitens der Landräte immer nicht die Frage des Wollens, sondern des Könnens sei. Man habe eine klare Position formuliert. Man habe ein Problem, man habe die Tarifzonenreform gemacht, 42 Millionen pro Jahr und die Beteiligung des Landes werde abgeschmolzen. Das Land zeihe sich somit Jahr für Jahr aus der Finanzierung zurück. Für den Schülerverkehr wolle man keine Tariferhöhung. 1/3 werden daher keine Tariferhöhung haben. Landrat Dr. Sigel verweist nochmals auf die Drucksache.

Kreisrat Riedel bejaht, dass es natürlich eine politische Frage und keine tarifliche Frage sei. Die Allgemeinheit müsse in Zukunft noch stärker die Mittel dafür aufbringen. Dies dürfe man nicht nur den Nutzer/innen aufladen. Im VVS zahlen die Nutzer/innen bisher rund 60 Prozent. Also überdurchschnittlich beteiligen diese sich. Die Frage sei man sich stellen müsse, sei diese, ob man dies finanzieren könne. Seine Fraktion sage, man müsse sich dies jetzt aufladen, da sie die Ökonomie wollen und die Zukunft gestalten wollen.

Kreisrätin Fleischer fragt nach, ob der Beschlussvorschlag verändert werden müsse und ein Nebensatz eingebaut werden solle.

Landrat Dr. Sigel erklärt, dass wenn das Land sich anders entscheide, erst am 16. Dezember 2019 die Beschlussfassung darüber erfolge.

Der Umwelt- und Verkehrsausschuss beschließt mehrheitlich bei 7 Nein-Stimmen und 16 Ja-Stimmen den Beschlussvorschlag der Verwaltung:

1. Der Umwelt- und Verkehrsausschuss lehnt es ab, die Kostensteigerung im VVS für das Jahre 2020 ohne eine Anpassung der Tarife zu finanzieren.
2. Der Umwelt- und Verkehrsausschuss stimmt einer Anpassung der Tarife im VVS zum 01.04.2020 von 1,9 % zu.
3. Der Vorsitzende wird beauftragt, in der VVS-Gesellschafterversammlung der vorgeschlagenen Tarifanpassung bei den einzelnen Tarifarten zuzustimmen. Dabei sollen die Angebote für Schüler- und Ausbildungsverkehre von Tarifsteigerungen weitestgehend ausgenommen werden.



Niederschrift Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden. am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

Seite 5

Öffentlich

Auszüge:  
1 ÖPNV

Niederschrift Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden. am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

Seite 6

Öffentlich

## § 1.1

Verzicht auf VVS – Fahrpreiserhöhung / Unterstützung der VVS-Nullrunde (Antrag Bündnis 90/Die Grünen)

Drucksache 2019/1-18

Landrat Dr. Sigel verweist auf den Haushaltsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Verzicht auf VVS – Fahrpreiserhöhung / Unterstützung der VVS-Nullrunde. Durch vorhergehenden Beschluss von Tagesordnungspunkt 1, Anpassung des VVS-Gemeinschaftstarifs an die Kostenentwicklung zum 01.04 2020 wurde gleichzeitig der Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen abgelehnt.

Kreisrätin Dr. Fleischer stimmt zu.

Der Umwelt- und Verkehrsausschuss lehnt den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Verzicht auf VVS – Fahrpreiserhöhung / Unterstützung der VVS-Nullrunde

ab.

Auszüge:  
1 ÖPNV

Niederschrift Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden. am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

Seite 7

Öffentlich

## § 2

### Beratung des Haushaltsplanentwurfs 2020

#### Drucksache 2019/033

Herr Schäfer, Dezernent Finanzen, Personal und Beteiligungen, Herr Hein, Dezernent Bauen, Umwelt und Infrastruktur sowie Herr Dr. Zaar, Erster Landesbeamter, erläutern die Drucksache anhand einer Präsentation, die dem Original der Niederschrift beigelegt ist.

Landrat Dr. Sigel verweist auf die der Beratung zu Grunde liegenden Haushaltsanträge.

Kreisrat Treiber führt aus, dass es seiner Fraktion wichtig sei, voran zu kommen. Man sehe die strukturellen Veränderungen in der Landwirtschaft, der Forstwirtschaft und im Weinbaubereich. Im Remstal sein das Tourismus-Angebot ein wichtiges Thema.

Landrat Dr. Sigel berichtet, dass man jetzt nach der Remstal-Gartenschau schon dabei sei, zu überlegen, wie man den Remstalradweg neu strukturiere.

Den Antrag der FDP-FW-Fraktion (Drucksache 2019/1-23)

Erstellung eines Tourismuskonzepts für den Rems-Murr-Kreis

beschließt der Ausschuss einstimmig und die Landkreisverwaltung wird mit der Fortschreibung des Landkreis-Tourismuskonzeptes im ersten Halbjahr 2020 und entsprechender Berichterstattung im Umwelt- und Verkehrsausschuss beauftragt.

Der Ausschuss nimmt den Antrag der CDU-Fraktion (Drucksache 2019/3-23)

LEADER-Kulisse „Schwäbischer Wald“ nach 2020

Niederschrift Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden. am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

Seite 8

Öffentlich

zur Kenntnis.

Der Ausschuss nimmt den Antrag von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen (Drucksache 2019/3-09)

Verzicht auf Plastikmüll bei Kreistags- und Ausschusssitzungen sowie Sitzungen der Tochtergesellschaften

sowie den Antrag von der CDU-Fraktion (Drucksache 2019/3-15)

Klimaschutz, Müllvermeidung und Plastikvermeidung

zur Kenntnis.

Kreisrat Riedel findet die Unterschiedlichkeit in den Park & Ride Parkplätzen interessant. Es stecke keine Logik dahinter, wo man kostenfrei oder kostenpflichtig parken könne. Weiter weg von Stuttgart würde ihm das kostenfreie parken einleuchten, allerdings sei auch hier kein roter Faden zu erkennen. Dies seien Themen, bei welchen man sich fragen müsse, wie lange die Kommunen oder der VVS sich dies noch leisten könne.

Landrat Dr. Sigel erklärt, dass man dieses Thema zum Koordinieren dem Verband Stuttgart gegeben habe.

Der Antrag der SPD-Fraktion (Drucksache 2019/3-05)

Park & Ride Parkplätze:

Es soll im UVA dargestellt werden:

- Wo Park & Ride Parkplätze in welcher Anzahl vorhanden sind
- Wie die Parkplätze ausgelastet sind
- Wie hoch die Parkgebühren sind
- Wo ein akuter Mangel an Park & Ride Parkplätzen besteht



Niederschrift Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden. am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

Seite 9

Öffentlich

- Wie die Planung des weiteren Ausbaus aussieht

wird zur Kenntnis genommen.

Kreisrat Riedel sieht es realistisch, dass eine Einführung zuerst für Schüler und Studenten komme, vielleicht auch für Senioren. Irgendwann, hoffe er, gebe es ein Ticket für alle. Es sei der Wahnsinn, wie viele unterschiedlichen Tarife es gebe.

Kreisrat Ulrich findet es gut, dass die Verwaltung offene Gespräche führe und bittet, über das Ergebnis zu berichten.

Frau Schmidt unterstützt den Antrag der SPD-Fraktion. Bei der Abstimmung würde sich Ihre Partei allerdings enthalten, da diese einen eigenen Antrag gestellt habe. Es müsse sich in Zukunft ein anderer Weg der Fahrpreisgestaltung aufzeigen, um den ÖPNV attraktiv zu machen. Dies könne nur durch eine Senkung der Fahrpreiskosten erfolgen.

Der Antrag der SPD-Fraktion (Drucksache 2019/1-14)

Einführung eines 365€-Tickets im VVS

Die Verwaltung wird beauftragt, im Aufsichtsrat des VVS die Einführung eines 365€-Tickets für die Region Stuttgart zu beantragen. Dieses Ticket soll eine Laufzeit von 365 Tagen ab Buchungstag haben.

wird vom Umwelt- und Verkehrsausschuss mehrheitlich mit 16 Nein-Stimmen, 3 Ja-Stimmen und 4 Enthaltungen abgelehnt.

Der Antrag der Zählergemeinschaft DIE LINKE/ÖDP (Drucksache 2019/1-26)

Einführung eines 365 €-Jahrestickets sowie Prüfung der Einbeziehung des Seniorentickets

Niederschrift Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden. am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

Seite 10

Öffentlich

wird vom Umwelt- und Verkehrsausschuss mehrheitlich mit 16 Nein-Stimmen, 3 Ja-Stimmen und 4 Enthaltungen abgelehnt.

Der Antrag von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen (Drucksache 2019/3-07)

Prüfung auf Kostenübernahme für die Schülerinnen und Schüler des Rems-Murr-Kreises

wird vom Umwelt- und Verkehrsausschuss mehrheitlich mit 20 Ja-Stimmen und 3 Nein-Stimmen beschlossen.

Den Antrag der Zählgemeinschaft DIE LINKE/ÖDP (Drucksache 2019/1-27)

Kostenlose ÖPNV-Mitnutzung für Kinder und Jugendliche unter 15 Jahren

nimmt der Ausschuss zur Kenntnis.

Der Ausschuss stimmt dem Antrag der CDU-Fraktion (Drucksache 2019/3-14)

Überprüfung des Verbundlastenausgleichs

einstimmig zu.

Der Antrag der AfD-Fraktion (Drucksache 2019/1-16)

Es ergeht ein Prüfauftrag an die Kreisverwaltung, ob die Wartezeit der Schüler auf öffentliche Verkehrsmittel im Einklang mit der Schülerbeförderungssatzung (vgl. § 10) steht, und ob

Niederschrift Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden. am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

Seite 11

Öffentlich

es – bei formaler Einhaltung der Bestimmungen – weiteren Handlungsbedarf gibt, mit dem Ziel der umgehenden Abstellung von Missständen.

wird zur Kenntnis genommen. Die Verwaltung wird das Thema aufarbeiten und im 1. Quartal 2020 im Umwelt- und Verkehrsausschuss darüber berichten.

Der Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen (Drucksache 2019/3-06)

Evaluierung des Schülerverkehrs im Rems-Murr-Kreis

wird zur Kenntnis genommen. Die Verwaltung berichtet im 1. Quartal 2020 im Umwelt- und Verkehrsausschuss zur Schülerbeförderung und den aufgeworfenen Fragen.

Der Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen (Drucksache 2019/1-20)

Errichtung von Fahrradstationen der RegioRadStuttgart an den Gebäuden der Kreistagsverwaltung und an den Kreiskrankenhäusern

wird zur Kenntnis genommen.

Kreisrätin Dr. Fleischer erklärt, dass sich die Fraktion die Fördermaßnahmen ähnlich wie für die „Echtzeitafel“ vorstelle und sei damit einverstanden.

Kreisrat Jäger hat Zweifel, ob dies zwingend erforderlich sei. Ob solche Stationen aufgebaut werden, solle man den Kommunen selbst überlassen.

Dem Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen (Drucksache 2019/2-09)

Förderprogramm zur Unterstützung von Gemeinden im Rems-Murr-Kreis für die Errichtung von Fahrradstationen der RegioRadStuttgart

Niederschrift Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden. am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

Seite 12

Öffentlich

wird mehrheitlich mit 20 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung vom Ausschuss zugestimmt. Der Umwelt- und Verkehrsausschuss beauftragt die Verwaltung mit der Ausarbeitung eines Förderprogramms und empfiehlt, die beantragten Mittel zur Verfügung zu stellen.

Der Antrag der Zählgemeinschaft DIE LINKE/ÖDP (Drucksache 2019/2-13)

Förderung Regio-Rad

Der Rems-Murr-Kreis fördert die Errichtung von Regio-Rad-Stationen, deren Nutzen einen Kreisbezug aufweisen.

Konkret: Rems-Murr-Klinikum Winnenden

wird zur Kenntnis genommen.

Kreisrätin Wilhelm freut es sehr, dass man annähernd an die Summe herangekommen sei. Sie seien auch mit 250.000 Euro einverstanden.

Kreisrat Ahrens ist es wichtig, dass die Mittel auch in den Ausbau der Straßen fließen und nicht in der Planung bleiben.

Der Antrag der Zählgemeinschaft DIE LINKE/ÖDP (Drucksache 2019/2-12)

Verdoppelung der Investitionen ins Radwegenetz

wird vom Ausschuss mehrheitlich mit 2 Ja-Stimmen, 21 Nein-Stimmen abgelehnt. Die Mittel für den Radwegeausbau werden um 250.000 Euro aufgestockt.

Dem Antrag der Gruppe Wilhelm/Klinghoffer (Drucksache 2019/2-03)

Niederschrift Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden. am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

Seite 13

Öffentlich

#### Erhöhung der Mittel zur Radwegefinanzierung

wird mehrheitlich mit 21 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen zugestimmt. Die Mittel zur Radwegefinanzierung werden für das Jahr 2020 um 250.000 Euro erhöht.

Kreisrat Huschka führt aus, dass es sich hierbei um Geld der Steuerzahler handle. Er schaue den Zahlen der Nutzer kritisch entgegen. Es gebe schon viele Radwege. Es solle egal in welcher Ebene erstmals gespart werden, um die Steuerzahler zu entlasten.

Der Antrag der AfD-Fraktion (Drucksache 2019/2-07)

#### Streichung der Planungsmittel für die Radschnellverbindung Schorndorf-Fellbach

wird mit 21 Nein-Stimmen und 2 Ja-Stimmen abgelehnt.

Der Antrag der Gruppe Wilhelm/Klinghoffer (Drucksache 2019/3-02)

#### Fit for E-Bike

Hinweise auf Kurse in Radkarten des Rems-Murr-Kreises

wird zur Kenntnis genommen.

Landrat Dr. Sigel erteilt Frau Bühl, Vorständin Kreissenorenrat, nach Absprache mit dem Gremium das Wort.

Niederschrift Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden. am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

Seite 14

Öffentlich

Frau Bühl bittet beim Radwegebau drauf zu achten, dass Radwege und Wanderwege getrennt voneinander verlaufen. Es gebe viele Menschen die dem Fahrrad nicht mächtig seien, vor allem den Pedelec's. Hier bittet sie um Schulungen und Einweisungen.

Dem Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen (Drucksache 2019/3-08)

Sicher mit dem E-Bike für Senioren in das Programm „Sicher E-biken“ mit aufnehmen

wird einstimmig zugestimmt. Die Vorschläge aus dem vorliegenden Antrag, den Kreissenorenrat in das Projekt einzubinden und konkret Senioren für die Fahrsicherheitstrainings im Rahmen des Projekts zu gewinnen, entsprechen dem geplanten Vorgehen der Verwaltung bei der Umsetzung des Projekts „Initiative Sicher E-Biken“ und werden entsprechend umgesetzt.

Kreisrat Huschka erklärt, dass der Großteil der Bevölkerung im Kreis mit dem Auto unterwegs sei und davon jeder wisse, dass in diese Straßen investiert werden müsse. Jeder Euro sei gut investiert, auch im Hinblick auf die Sicherheit der Nutzer. Auch mit 250.000 Euro sei die Fraktion einverstanden.

Dem Antrag der AfD-Fraktion (Drucksache 2019/2-08)

Erhöhung der Mittel für Straßenunterhaltung – THH 05 54 20

in Höhe von 250.000 Euro wird mit 18 Ja-Stimmen und 5 Nein-Stimmen zugestimmt.

Kreisrat Riedel erwähnt, dass seiner Fraktion angeregt hatte, das Projekt an den beruflichen Schulen einzubringen. Dies sei die Perspektive.

Kreisrat Härtner denkt, dass es an den beruflichen Schulen gut aufgehoben sei. Man wissen noch nicht in welche Richtung sich die Energiewende drehe und daher solle man alle Zukunftstechnologien im Auge behalten.

Niederschrift Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden. am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

Seite 15

Öffentlich

Kreisrat Thiel rechnet nicht damit, dass dies zur Verkehrsinfrastruktur beitragen werde. Man könne sich aber trotzdem damit befassen, auch wenn es seiner Meinung nach für den Endkonsumenten ungeeignet sei.

Der Antrag der SPD-Fraktion (Drucksache 2019/1-15)

Marktaktivierung von Wasserstoff- und Brennstoffzellentechnologie

Der Rems-Murr-Kreis strebt an, mittelfristig die Anerkennung als Modellregion für Wasserstofftechnologie –so wie schon der Landkreis Reutlingen- zu bekommen.

wird einstimmig beschlossen. Die Kreisverwaltung wird beauftragt, das Thema aufzuarbeiten und dem Umwelt- und Verkehrsausschuss spätestens im 3. Quartal 2020 darüber berichten.

Kreisrat Huschka wundert sich über die Angabe „durchschnittlich 1000 Euro Ersparnis pro Haushalt im Jahr“. Dies komme ihm recht hoch vor. Außerdem wolle er wissen, weshalb es keinen zweiten Termin gebe, wenn beim ersten Termin Messgeräte installiert werden.

Frau Wurster erklärt, dass es sich um jegliche Energie handelt, welche eingespart werden könne. Vom Kühlschrank bis zur Waschmaschine. Dann komme man auf einen durchschnittlichen Betrag von 1000 Euro pro Haushalt im Jahr.

Kreisrat Härtner schlägt vor, Stromspartipps anzubieten, welche mit geringem Wissen umgesetzt werden könne und somit auch Anwendung in den Haushalten finden können.

Der Antrag der AfD-Fraktion (Drucksache 2019/1-17)

Der Kreistag beschließt mit Wirkung für den Haushalt 2020:

Die Maßnahme „Stromsparchecker“ wird eingestellt

(4431582 KSM 11, S. 369)

Niederschrift Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden. am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

Seite 16

Öffentlich

wird mit 2 Ja-Stimmen und 20 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung abgelehnt.

Herr Härtner findet Photovoltaikanlagen sehr wichtig. Die Kommunen würden in diesem Hinblick zu wenig dafür machen. Er sehe es als kommunale Aufgabe, ein solches Programm aufzuerlegen.

Der Antrag der Zählgemeinschaft DIE LINKE/ÖDP (Drucksache 2019/1-28)

Auflegung eines 1000-Dächer-Programms zur Förderung von Photovoltaikanlagen in Höhe von 1.000 Euro pro Vorhaben

wird vom Ausschuss mehrheitlich mit 9 Ja-Stimmen, 14 Nein-Stimmen abgelehnt. Der Umwelt- und Verkehrsausschuss nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

Auszüge:

1 Dezernat 1  
1 Dezernat 2  
1 Dezernat 3  
1 Dezernat 4  
1 Amt für Finanzen  
1 Stabstelle Wirtschaftsförderung

1 Straßenbauamt  
1 Umweltschutzamt  
1 Landwirtschaftsamt  
1 Amt für ÖPNV  
1 Haupt- und Personalamt



Niederschrift Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden. am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

Seite 17

Öffentlich

### § 3

Erteilung von Weisungen an den Vertreter des Rems-Murr-Kreises für die Gesellschafterversammlung der Energieagentur Rems-Murr gGmbH  
Drucksache 2019/101

Landrat Dr. Sigel verweist auf die der Beratung zu Grunde liegende Drucksache.

Geschäftsführer Menzel, Energieagentur, erläutert die Drucksache anhand einer Präsentation, die dem Original der Niederschrift beigelegt ist.

Kreisrat Härtner fragt nach, wo Erstberatungen stattfinden. Außerdem interessiert es ihn, wie der Ablauf bei Messen sei. Wie dort die Daten erfasst werden würden. In der Backnanger Zeitung habe er dieses Jahr erst eine Präsenz gesehen.

Kreisrat Riedel stellt die Rückfrage, welche Verbindlichkeiten in der Bilanz 2018 aufgeführt seien.

Kreisrat Kölz wundert sich über die hohen Forderungen in der Bilanz 2018. Er fragt nach, ob diese Forderungen eintreibbar seien und gegen wen die Forderungen bestehen.

Herr Menzel erklärt, dass es bei Messen so laufe, dass das Personal beim Infostand durch Giveaways versuche ins Gespräch zu kommen. Man habe Formulare, wie viele Personen man berate, wie diese heißen und wo sie herkommen. Oft sei es dann auch so, dass die Person sich nochmals meldet, bei der Energieagentur oder im Rathaus. In der Backnanger Kreiszeitung sei in der Rubrik immer eine kleine Notiz geschaltet. In den Ortsteilblättern sei man auch präsent. Bei den Verbindlichkeiten in der Bilanz 2018 handle es sich um Personalkosten des letzten Quartals. Die Personalkosten werden von der Stadt Waiblingen ausgezahlt und dafür erhalte man ¼ jährlich eine Rechnung. Man sei froh, dass man die Gewinnvorträge aus Vorjahren habe. Man wickle Projekt ab und gehe in Vorleistung. Erst Ende des Projektes könne man dann Fördermittel abrufen, welche nicht gleich ausbezahlt werden. Es handle sich hierbei um Forderungen gegenüber Fördermittelgebern, nicht gegen Privatpersonen.

Niederschrift Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden. am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

Seite 18

Öffentlich

Der Umwelt- und Verkehrsausschuss beschließt einstimmig bei 1 Enthaltung den Beschlussvorschlag der Verwaltung:

Der Umwelt- und Verkehrsausschuss erteilt die nachstehenden Weisungen, an die sich der Vertreter des Rems-Murr-Kreises in der Gesellschafterversammlung der Energieagentur Rems-Murr gGmbH zu richten hat.

Auszüge:

1 Energieagentur

Niederschrift Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden. am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

Seite 19

Öffentlich

#### § 4

Sachstand Verwaltungsreform Forst, Entgeltordnung privatrechtliche Dienstleistungen Forstamt und Änderung Gebührenverzeichnis zur Gebührensatzung  
Drucksache 2019/188

Landrat Dr. Sigel zieht, mit Zustimmung des Gremiums, vorgesehenen TOP 4 als TOP 3 vor.

Landrat Dr. Sigel verweist auf die der Beratung zu Grunde liegende Drucksache.

Herr Holzwarth, Dezernent Forst, Landwirtschaft, Verbraucherschutz und Vermessung, erläutert die Drucksache anhand einer Präsentation, die dem Original der Niederschrift beigelegt ist.

Kreisrat Dannenmann möchte wissen, wie der Zustand des Waldes bezüglich der Trockenheit sei und wie der Bestand von Wild aussehe.

Kreisrat Treiber findet die Holzpreise erschreckend. Er verstehe, dass der Kreis die Preise so umsetzen müsse, allerdings müsse man auch an die Privatwaldbesitzer denken. Am Ende des Tages wollen diese Gelder daran verdienen. Sonst mache dies niemand mehr.

Kreisrat Jäger fragt nach, ob es bereits Überlegungen zu Fördermöglichkeiten oder Zuschüssen zur Aufforstung für Privatwaldbesitzern gebe. Diese seien wichtig um die Forstwirtschaft für Privatwaldbesitzer attraktiv zu halten.

Kreisrätin Wilhelm fragt nach, wie der Wald der Zukunft aussehe und ob man überhaupt noch Nadelholz im Rems-Murr-Kreis habe. Außerdem wolle Sie wissen, ob bei der Bewirtschaftung des Waldes darauf geachtet werde, die Wanderwegbeschilderung an Ort und Stelle wieder anzubringen, sollte diese mit einer Baumfällung etc. wegfallen.

Kreisrat Härtner interessiert es, ob in dem Bannwald ggf. auch ein Biotop etc. angelegt werde, damit man sehe, dass der Wirtschaftswald viele Funktionen habe und diese auch dargestellt werden.

Niederschrift Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden. am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

Seite 20

Öffentlich

Herr Röhrs, Leiter Forstamt, berichtet über den Waldzustand und sagt, dass er davon ausgehe, dass Nadelholz in den Wäldern der Zukunft weiterlebe. Auf die Wanderwegbeschilderungen achte das Forstamt sorgfältig. Zum Thema Wild führt Herr Röhrs aus, dass die Zahl in der Region auf einem befriedigenden Niveau sei. Der Bannwald sei erweitert worden und man habe genügend Möglichkeiten, sich die vielen Funktionen anzuschauen. Zum Thema „Forstwirtschaft attraktiv machen“ spricht Herr Röhrs, dass jeder Unternehmer ein Risiko habe und das Land schon sehr viel Geld für Fördermittel in die Hand genommen habe. Hier könne man nicht abhelfen.

Herr Häußermann, stellvertretender Leiter Forstamt, geht nochmals auf die Entgeltordnung und die Gebührensatzung ein und berichtet über die Aufforstung des Waldes.

Der Umwelt- und Verkehrsausschuss nimmt den Sachstandsbericht zur Verwaltungsreform Forst zur Kenntnis.

Der Umwelt- und Verkehrsausschuss beschließt einstimmig die Ziffern 2 und 3 des Beschlussvorschlages und empfiehlt dem Kreistag:

2. Der Kreistag beschließt die Entgeltordnung privatrechtliche Dienstleistungen Forstamt zum 1. Januar 2020, wie in der Anlage 1 dargestellt.
3. Der Kreistag beschließt den Wegfall der lfd. Nr. 17 „Inanspruchnahme der kommunalen Holzverkaufsstelle“ im Gebührenverzeichnis zur Gebührensatzung zum 1. Januar 2020, wie in der Anlage 2 dargestellt.

Auszüge:

1 Forst

1 Dezernat 1

Niederschrift Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden. am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

Seite 21

Öffentlich

## § 5

### Sachstandsbericht zum Breitbandausbau

#### Drucksache 2019/171

Herr Murer, Breitbandkoordinator, erläutert die Drucksache anhand einer Präsentation, die dem Original der Niederschrift beigelegt ist.

Landrat Dr. Sigel verweist auf die zugrundeliegende Drucksache.

Kreisrat Jäger bittet darum, wenn es in den Ausbau und um die Reihenfolge gehe, dass man diejenigen berücksichtige, die einen wesentlichen Beitrag geleistet haben und dazu beigetragen haben, wo man jetzt stehe.

Kreisrat Ahrens bereitet die Förderschwelle Sorgen. Er fragt nach ob es Hoffnung gebe, dass die Förderschwelle geändert werde.

Kreisrätin Wilhelm stellt die konkrete Frage, ob man die Telekom dazu bewegen könne auf die Unternehmen zuzugehen, deren Internetverbindung über Richtfunk eingerichtet sei und die deshalb nur über eine mangelhafte Versorgung verfügen und dadurch eine bessere Versorgung bereitgestellt werde. Sie fragt außerdem nach, wie man gegen Betrüger vorbeugen könne, welche Verträge „ergaunern“ wollen.

Herr Murer bestätigt, dass der Zweckverband sich für die Reihenfolge des Ausbaus einsetzen werde. Einen Förderantrag in der Tasche zu haben, sei ein Punkt, welcher für die Kommune wichtig und richtig sei. Er führt aus, dass der Bund für 2020 ein neues Förderverfahren für graue Flecken geben soll, er habe aber derzeit keinen weiteren Stand. Mit der Telekom werde er besprechen, dass diese direkt mit den Unternehmen Kontakt aufnimmt. Ebenfalls werde er das Thema „Drückerkolonnen“ ansprechen.

Niederschrift Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden. am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

Seite 22

Öffentlich

Kreisrätin Dr. Fleischer fragt nach, ob sie es richtig verstehe, dass durch Breitband das 5 G-Netz nicht kompensiert werden könne. Aus gesundheitlicher Sicht werde dies wenig diskutiert. Sie glaube, man müsse im Kreistag diskutieren, wie man mit der Strahlung umgehe und regt an, die Haushalte mit Breitband und 5G auszustatten, damit das 5G-Netz nicht über Funkmasten ausgestrahlt werde.

Landrat Dr. Sigel erklärt, dass die 5G-Diskussion bereits bestehe. Losgelöst vom Glasfaserausbau wird dies parallel ausgebaut werden. Man brauche die 5G-Technologie, damit die heimische Wirtschaft zukunftsfähig bleibt.

Kreisrat Ulrich findet den Zweckverband gut. Er frage sich aber, was mit den 10 Prozent passiere, für die sich niemand verantwortlich fühle.

Herr Murer erklärt, dass man davon ausgehe, dass 2030 nicht mehr jeder Haushalt einen Festnetzanschluss habe und der Mobilfunk dann die 10 Prozent abdecke.

Landrat Dr. Sigel antwortet, dass derzeit jede Kommune von der Telekom einen Ausbau von 100 Prozent angeboten bekomme und selber entscheiden könne wie hoch der Ausbaugrad sein soll. Ziel sei, bis zum Jahr 2030 alle Haushalte, mit Ausnahme einiger Restgebiete an Breitband angeschlossen zu haben, deutlich früher seien Gewerbegebiete und Schulen damit versorgt.

Der Umwelt- und Verkehrsausschuss nimmt den Sachstandsbericht des Zweckverbands Breitbandausbau Rems-Murr zur Kenntnis.

Auszüge:  
1 Breitband

Niederschrift Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden. am **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

Seite 23

Öffentlich

**§ 6**

Verschiedenes

Unter dem Tagesordnungspunkt „Verschiedenes“ erfolgten keine Wortmeldungen.

Zur Beurkundung!

Der Vorsitzende:

Die Schriftführerin:

gez.

gez.

Dr. Richard Sigel

Sara Zaiss